



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

18.09.01

Ergebnisse der Klausurtagung der Fraktion am 16./17.09.

#### Presseerklärung

Im Rahmen der diesjährigen Klausurtagung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ging es zum einen um die Nachfolge des bisherigen Fraktionssprechers und Fraktionsvorsitzenden Jürgen Mohr sowie die Wahl des/der zweiten gleichberechtigten Fraktionssprecher/sprecherin.

Einstimmig wurde Daniela Schneckenburger als neue Sprecherin und Fraktionsvorsitzende gewählt. Mario Krüger wurde ebenfalls einstimmig als Sprecher der Fraktion gewählt. Beisitzer im sogenannten SprecherInnenrat bleibt Wolfram Frebel, der gleichfalls ohne Gegenstimme in seiner Funktion bestätigt wurde.

Frau Katja Wilken, zur Zeit noch Bezirksverterin in Hombruch, ehemals schon einmal Sachkundige im Kinder- und Jugendausschuß, wird in den Rat nachrücken.

Aus dieser Konstellation ergeben sich folgende wesentliche Änderungen bei der Besetzung von Gremien: Frau Schneckenburger wird Mitglied im Haupt- und Finanzausschuß. In ihrer neuen Funktion wird sie auch in den sonstigen zentralen Lenkungsorganen vertreten sein. Frau Wilken wird ihre Kompetenz zukünftig im Schulausschuß einbringen

Die personellen Veränderungen und die anstehenden Haushaltsberatungen waren gleichermaßen Anlaß für eine Standortbestimmung und Diskussion über den zukünftigen Kurs der Fraktion.

Die Fraktion wird die Politik der wechselnden Mehrheiten fortsetzen. Wir werden einerseits das Modell der Kooperation und Beratung mit den anderen Fraktionen im Vorfeld von Sitzungen weiter betreiben; andererseits werden wir unser Profil in den Bereichen schärfen, in denen klar erkennbar ist, daß wir in Opposition zur Politik von SPD und CDU stehen. Dass eine solche Oppositionspolitik durchaus erfolgreich ist, hat sich in der Frage der Finanzierung der Schulraumsanierung gezeigt.



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Wir werden das Instrument der öffentlichen Beteiligung von BürgerInnen an den Entscheidungsprozessen in dieser Stadt künftig noch stärker nutzen als bisher. Es darf nicht sein, daß wie im Falle der Verlegung des Marktes und dem Vorgehen gegen die KleingärtnerInnen im Ardeyblick, eine einvernehmliche und den verschiedenen Interessen gerecht werdende Lösung verhindert wird.

Die kommenden Haushaltsberatungen werden zusätzlich eine Vielzahl neuer Konfliktlinien aufbrechen lassen: in wesentlichen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge sollen laut Haushaltssicherungskonzept Schnitte vorgenommen werden, die einerseits finanziell kaum zu Buche schlagen, andererseits Prozesse der sozialen Ausgrenzung in unnötiger Weise verschärfen. Beispielhaft seien hier die Schließung der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und der Verkauf von Kinderspielplätzen genannt.

Notwendig ist vielmehr eine ernst gemeinte Politik der Nachhaltigkeit, die auch der nachfolgenden Generation die Möglichkeit gibt, in dieser Stadt gesund aufzuwachsen, zu spielen und zu lernen, zu wohnen, zu arbeiten und sich zu erholen. Dazu gehört unabdingbar, die vorhandenen Grünzonen und Freiräume zu erhalten.

Das strukturelle Problem des stetig anwachsenden Haushaltsdefizits wird weder durch die im letzten Jahr verabschiedeten Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung noch durch die aktuellen Vorschläge zur Minderung der Defiziten bewältigt werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher darauf drängen, daß vor allen Dingen die Maßnahmen diskutiert werden, die überhaupt geeignet sind, das Defizit spürbar verringern und damit kommunale Handlungsspielräume erhalten.

Anders als die Fraktionen von SPD und CDU werden wir in jedem Ausschuß verlangen, daß die Folgen der Reduzierung der Ausgabenermächtigung verdeutlicht werden um das politische Controlling zu gewährleisten.

Die großen Themen Verwaltungsstrukturreform, Aufgabenkritik und regionale Kooperation müssen ebenso Gegenstand der politischen Debatte werden, wie der mehrfach von uns vorgeschlagene Verkauf von RWE – Aktien, um die Schuldenlast zu verringern. Bei Großprojekten wie dem Konzerthaus muß unmißverständlich deutlich gemacht werden, welche jährliche Belastung des städtischen Haushaltes maximal vertretbar ist. Dies gilt für alle Investitionen, die von der Stadt getätigt werden.